

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verkaufsstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2—5. — Herausf.: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 4

Berlin, den 28. Januar 1923

3. Jahrgang

Unser Recht auf hohen Lohn.

Von Dr. G. Heidenreich
Lohn und Leistung.

Dass die Unternehmer mit Sorgen beladen sind, wissen wir. Trotzdem möchten sie nicht mit dem Los der Arbeiter tauschen. Es ist noch gar nicht lange her, da ging es ihnen noch schlechter, denn sie hatten noch eine bange Sorge mehr. — Als man in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts unter dem Druck der Gewerkschaften begann, die Arbeitszeit von ihrer oft wahnwirken Dauer von 14 und 16 Stunden abzubauen, tauchte die schwierige Frage auf, was nun der Arbeiter mit seiner freien Zeit anfangen werde. Vorher war es sehr einfach. Die wenigen Stunden, die ihm blieben, reichten kaum zum Auschlafen. Nun sollte sich zwischen Arbeit und Schlaf eine wirkliche Freizeit einschieben. Die Unternehmer erkannten sofort die schreckliche Gefahr, die daraus dem Arbeiter entstand — er würde sich langweilen und aus Langeweile seinen Lohn verkaufen. Es war also nur ein gutes Werk, wenn man ihn von früh bis spät ins Hochspannte und ihn vor den Lockungen der Welt bewahrte. So nebenbei war auch die Lohnfrage damit gelöst. Wenn der Arbeiter keine Zeit hat, was soll er dann mit einem hohen Lohn anfangen? Es war richtig — je länger er arbeitete, um so weniger brauchte er Lohn. Wahrscheinlich werden auch unsere Scharfschützen von heute auf diese Weisheiten ihrer Väter nicht mehr sehr stolz sein.

Diese hausbadene Unternehmophilosophie fand in der damaligen Wissenschaft noch eine hervorragende Stütze. Die klassische Nationalökonomie glaubte die ewigen Gesetze der Wirtschaft entdeckt zu haben, darunter auch ein Lohngebot, das aussasse wegen seiner Grausamkeit das ehemalige Lohngebot genannt hat. Die Arbeitskraft wurde als eine Ware betrachtet, wie jede andere auch. Der Unternehmer müsse also darauf leben, sie so billig wie nur möglich einzulaufen. Ihr Preis würde sich ebenso im Spiel von Angebot und Nachfrage und schwanken um ihre Gestaltungskosten. — In diesem Fall die Kosten der Wiederherstellung und Erhaltung der Arbeitskraft, also das Existenzminimum für eine Familie. Würden höhere Löhne bezahlt, dann würde sich die Arbeiterschaft rasch vermehren. Das steigende Angebot müsse die Löhne wieder auf ihren natürlichen Stand drücken. Es hätte also gar keinen Zweck, hohe Löhne zu zahlen. Es würde letzten Endes doch nichts nützen. Dem Arbeiter wird es immer schlecht gehen. Sinnen die Löhne zu stören, dann stirbt eben ein Teil der Arbeiterschaft aus, und die Macht wird auch die normale Dorfplanzung verhindern. Das Angebot an Arbeitskraft sinkt. Der verbleibende Rest muss teurer bezahlt werden, wie Brot nach einer Mehlkarte teurer bezahlt werden muss, und zwar so lange, bis wieder das natürliche Gleichgewicht erreicht ist. — Das war ein Teil der „Harmonie“ der Wirtschaft, die für die Interessen aller sorgen werde, wenn man ihr nur freien Lauf ließe. Für die praktische Lohnpolitik hat diese Lehre lange Zeit einen verhängnisvollen Einfluss besessen.

Es wäre ganz versucht anzunehmen, dass diese alten Ansichten heute völlig überwunden seien. Noch ist für das Unternehmertum als Ganzes Arbeitszeitverlängerung, Lohndruck und Preisreizerei die richtige Wirtschaftspolitik und in wissenschaftlichen Kreisen und in aller Öffentlichkeit konnte Cassel, ein Gelehrter von internationalem Ruf, die Rückkehr zu den Lehren der klassischen Nationalökonomie verlangen, die praktisch auf die alte Lohnpolitik hinauslief, sagte er doch, der Arbeiter müsse sich entschließen, zu jedem beliebigen ihm von Unternehmer angebotenen „natürlichen Lohn“ zu arbeiten.

Zwischenzeit ist im Lager der Unternehmer ein neues Schlagwort an die Stelle des alten getreten. Mit dem „natürlichen Lohn“ können sie nichts mehr anfangen, nun soll der Leistungslohn die Lösung bringen. Mit einer wahrhaft sittlichen Würde wird dieser Leistungslohn gefordert. Künftig das nicht erwartig: jedem, das seine, jedem soviel, wie er verdient? Darüber kann man schon vergessen, doch dieser Leistungslohn ein schlechter Witz ist. Was leisten heute die Rins- und Dividendenhücker, die Börsenspekulanten, die ungefähr ein Drittel des deutschen Volkseinkommens beziehen? Was leisten Unternehmer und Aussichtsräte für ihre Stellenbezüge, gegen die Minister ein Taschengeld bekommen? Und was erhält der Arbeiter heute für seine Leistung? Es besteht kein Zweifel. Sehr viele, und gerade die, die am meisten haben, bezahlen ihr Einkommen für nichts. Vieles, das sind in erster Linie die Unternehmer, werden für ihre Leistung möglicherweise überbezahlt und die meisten, das sind die Arbeiter, werden für ihre Leistung unterbezahlt. Daran soll nicht gerüttelt werden, aber ein Leistungslohn, wie sie ihn meinen, soll übrigbleiben.

Selbst wenn man von so grundlegenden Dingen absieht, zeigt die Lohnpolitik der Unternehmer nur von wenig Einsicht. Zur Leistung gehört Leistungsfähigkeit und Leistungswille. Man kann sie nicht einfach verlangen, sondern muss erst diese Voraussetzungen schaffen. Der Abbau der Arbeitszeit hat bewiesen, dass die Leistung dadurch nicht beeinträchtigt wird. Er hat auch die so dringend notwendige Freizeit geschaffen. Damit allein ist es aber noch nicht getan. Es müssen die Mittel für eine ausreichende Ernährung für gute Wohnung und richtige Erholung vorhanden sein. Hier fehlt es noch weit. Jedes Kleidungsstück muss in der Regel zum Mund absparen, und wollte er sich eine Wohnung halten, wie sie sein sollte, dann bliebe ihm für andere Ausgaben nicht mehr viel übrig. An einem Erholungsort, den die von Rücksicht und Vergnügen überzeugten nicht entbehren können, darf ein Arbeiter mit Familie gar nicht denken. Und doch sind das alles Dinge, die für einen gesunden und leistungsfähigen Körper erforderlich sind.

Die Unternehmer würden sich wohl die Hände ausraufen, wenn man ihnen mit solchen Forderungen läme. Die Wirtschaft kann sie ja nicht fragen. Sie könnte sie sehr wohl tragen. Wie durch die Verkürzung der Arbeitszeit die Leistung pro Stunde stieg, so würde auch die Erhöhung der Löhne durch die damit verbundene Leistungsaufnahme pedeckt werden.

Eine gute Erholung erhöht nicht nur die Leistungsfähigkeit, sondern weckt auch den Leistungswillen. Wenn irgendein etwas mit einer oft recht beschwerlichen und eintönigen Arbeit verknönen kann, dann die Aussicht, das damit auch etwas erreicht

I.G.B.-Tagung in Berlin.

In den Tagen vom Dienstag, den 17. bis einschließlich Freitag, den 20. Januar 1923, tagte der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den internationalen Verfassungssekretären im Gewerkschaftshaus in Berlin. Die Tagung ist insofern von besonderer Bedeutung, weil sie entsprechend einem Beschluss des letzten Gewerkschaftskongresses in Paris die erste Tagung des Ausschusses an einem anderen Ort als den Sitzes des I.G.B. ist und auch die erste gemeinsame Tagung mit den internationalen Verfassungssekretären. Nach Kriegsende wurde der Sitz des I.G.B. von Berlin nach Amsterdam verlegt und in Auswirkung des erwähnten Pariser Beschlusses stand nunmehr diese erste Tagung wieder in Berlin statt. Diese Tatsache trägt der Bedeutung Deutschlands und Berlins für die internationale Gewerkschaftsbewegung Rechnung. Deutschland zählt nicht nur unter den dem I.G.B. angegeschlossenen Landeszentralen die meisten freigemeinschaftlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten, es hatte bereits vor dem Kriege von den 32 internationalen Verfassungssekretariaten nicht weniger als 17 in Berlin und 10 in anderen deutschen Städten, während 5 in England, Holland, Belgien und der Schweiz ihren Sitz hatten.

Neben dem Vorstand des I.G.B. waren ca. 25 Delegierte der angegeschlossenen Landesorganisationen und 40 Vertreter der internationalen Verfassungssekretariate an der Tagung beteiligt. Neben mehr geschäftsmäßigen Angelegenheiten war bei der diesmaligen Tagung vor allem über die Durchführung von Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftskongresses zu beraten, insbesondere über die geplante Sitzverlegung von Amsterdam nach einem anderen für die Geschäftsführung des I.G.B. besser geeigneten Orte, über die Anstellung eines Generalsekretärs und von Untersekretären, sowie über die Beziehungen zwischen dem Ausschuss des I.G.B. und den Verfassungssekretariaten und die zunächst in Angriff zu nehmenden Aufgaben.

Da in einigen Ländern für die Sitzverlegung und die Wahl für die Bezeichnung der vorsätzlichen Sekretärposition die Vorbereitungen noch nicht genügend weit gediehen sind, wurde die Erledigung dieser Angelegenheiten einer nach 6 Monaten stattfindenden Tagung des Ausschusses übertragen. Es ist dabei mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass der Sitz des I.G.B. wieder nach Berlin verlegt wird.

Durch die Zustimmung zu den vorliegenden Anträgen auf Anschluss der Gewerkschaftszentralen von Ostland und Südwestafrika erfährt der I.G.B. eine erfreuliche Erweiterung.

Auf Antrag des jetzt die Geschäfte des Generalsekretärs führenden Genossen Gosenbach wurde beschlossen, bei der Feier des ersten Mai in diesem Jahre besondere Nachdruck auf die Durchführung des Arbeitstags und die Vornahme der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in allen Ländern zu legen.

Einem von der Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Teilnehmer an dieser Tagung veranstalteten Begrüßungsabend im ehemaligen Herrenhaus wohnte u. a. neben Vertretern der Preußischen Regierung auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bei. In einer Ansprache, bei der er sich auf die gesamte Reichsregierung beziehend, feierte er die wachsende Bedeutung der Arbeiterbewegung. Er bewies dabei auch darauf, dass die Erbauer des Herrenhauses gewiss nicht daran gedacht hätten, dass dieses einmal der Internationale Arbeiter-

bewegung zur Unterkunft dienen würde. Er holte besonders die Gewerkschaftsbewegung als Friedensfaktor hervor und ließ seine Stellung in einem Hoch auf die Internationale Arbeiterbewegung ausstrahlen.

wird. Nur ein Unternehmer bringt es fertig, bei anstrengender Tätigkeit und wirtschaftlicher Not auch noch Arbeitsszene zu verlangen. Der Arbeiter, der sich selbst alles versprechen muss, der zu Hause Tag für Tag sieht, dass das Notwendigste fehlt, wird allmählich verbittert und gleichgültig. Bleibt der Lohn, dass er seinen eigenen Neigungen auch nachgehen kann, dass er seiner Familie einen richtigen Unterhalt geben und Frau und Kindern auch einmal eine Freude machen kann, dann wird er auch eine ganz andere Stellung zur Arbeit einnehmen.

Auch in dieser Hinsicht tun die deutschen Unternehmer gut, vom reichsten Lande der Welt, den Vereinigten Staaten, zu lernen. Der einsichtige amerikanische Unternehmer zahlt nicht nur gut, weil er weiß, dass er schließlich seine Waren wieder an Lohnempfänger verschenken muss, sondern weil er bei Schwundlöhnen niemals die Arbeitsfreude, die für die Leistung von so großer Bedeutung ist, wecken könnte. Unsere Unternehmer streiten sich grundsätzlich um jeden Pfennig Stundenlohn, auch wenn sie im Überfluss schwimmen, aber den guten Willen zur Arbeit verlangen sie als eine Selbstverständlichkeit. Nur der Seele des Arbeiters wollen sie sich dafür etwas annehmen. Auch der Gemeinschaft, von Volkgemeinschaft, Arbeitsgemeinschaft und Werkgemeinschaft ist viel die Miete, aber nur da, wo es sich um Arbeit handelt und nicht, wenn es um die Verteilung des Ertrages geht. Dabei haben sie doch ein recht einfaches Mittel, den guten Willen des Arbeiters zu gewinnen. Sie sollen nur angständige Löhne abziehen, von denen mit keiner noch weit entfernt sind — die Seele können sie jedem selbst überlassen.

Internationale Sozialpolitik.

V.

Die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeitsschutz.

Neben dieser Entwicklung erlebte Freiherr von Berlepsch auch ein Abschauen der Kaiserlichen Regierung an der Frage des Arbeitsschutzes, so er wünschte dem Kaiser sogar vor, er habe in der Folgezeit die Grundlage seiner Februarerklärung freizugeben. Als konsequenter Sozialpolitischer stand Freiherr von Berlepsch aus dem Handelsministerium aus, um in der Öffentlichkeit keine Überzeugung zu vertreten, und die Freunde der sozialen Reform zusammenzuholen. Er begründete die auch heute in Arbeiterkreisen sehr gelobte „Gesellschaft für soziale Reform“ und die heute noch erscheinende Zeitschrift „Soziale Praxis“. Aber immer wieder zeigte sich die Notwendigkeit,

Die Teilnehmer an der Tagung nahmen auch eine Besichtigung des Hauses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Verbandshäuser der Holzarbeiter und der Buchdrucker sowie des Reichsarbeitsministeriums und des Deutschen Arbeitertribunals. Museums in Charlottenburg vor. Im Reichsarbeitsministerium wurde ihnen durch Vortrag und auch durch eine dort jetzt untergebrachte sehr interessante Ausstellung der Ausgabenkreis und die Bedeutung des Reichsarbeitsministeriums vorgeführt. U. R.

Baupolitisches Programm der Gewerkschaften.

Die freigewerkschaftlichen Spartenverbände, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Deutsche Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, haben dem Reichsarbeitsminister am 18. Januar eine Eingabe zugehen lassen, in der sie zu der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über „Die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung“ Stellung nehmen und ihr baupolitisches Programm entwickeln. Die Denkschrift stelle die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt wesentlich günstiger dar, als sie in Wirklichkeit sind. Gegenüber den vom Reichsarbeitsminister in der Denkschrift zum Vorschlag gebrachten Maßnahmen sie folgenden Standpunkt ein:

1. Die Zahl der fehlenden Wohnungen ist nicht auf 600 000, sondern auf weit mehr als das Doppelte zu veranschlagen, da allein nach den Ergebnissen der Reichswohnungszählung rund 1 Million Haushaltungen ohne eigene Wohnung sind.

2. Die Durchschnittsgröße der künftig zu erbauenden Wohnungen darf nicht herabgesetzt werden. Die Abstimmung einzelner Wohnungen zu bauen, die kleiner und billiger als die der Vorkriegszeit sein sollen, ist aus Gründen der Volksgesundheit abzulehnen.

3. Die Ausstellung eines Reichswohnungsbauprogramms für einen mehrjährigen Zeitabschnitt ist erforderlich. Es ist verschoben, den Umfang der Wohnungsbautätigkeit ausschließlich nach der jeweiligen Wirtschaftslage zu bemessen. Die in der Denkschrift entwidmeten Pläne zur Befriedigung der Bauvorhaben über das ganze Jahr und zur Nationalisierung des Bauwesens sind ohne ein soisches Programm nicht zu verwirklichen.

4. Eine Erhöhung der gesetzlichen Miete ist unweitmöglich. Trotz der bisherigen Mietsteigerungen war keine Beliebung der Bautätigkeit zu verzeichnen. Die Spannung zwischen geleglicher Miete und Neubaumiete ist vielmehr durch Senkung der Neubaumiete zu beenden.

5. Zur Finanzierung des Wohnungsbauwesens ist die Hauszinsssteuer stärker heranzuziehen; ferner ist, falls der inländische Geldmarkt die weiter erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stellen kann, die Aufnahme von Auslandscredite in Aussicht zu nehmen.

6. Der Mietersturz muss aufrecht erhalten bleiben. Die inzwischen vorgenommenen Lockerungen haben zu keiner Minderung der Wohnungsnot geführt. Die Rückkehr zur freien Wirtschaft im Wohnungswesen ist abzulehnen: erforderlich ist dagegen die Schaffung eines sozialen Wohn- und Mietrechts, das der Richter einen Schutz vor ungerechtfertigter Kündigung und Mietpreissteigerung gewährt.

Die Spartenverbände haben ihren Forderungen eine eingehende Begründung beigefügt.

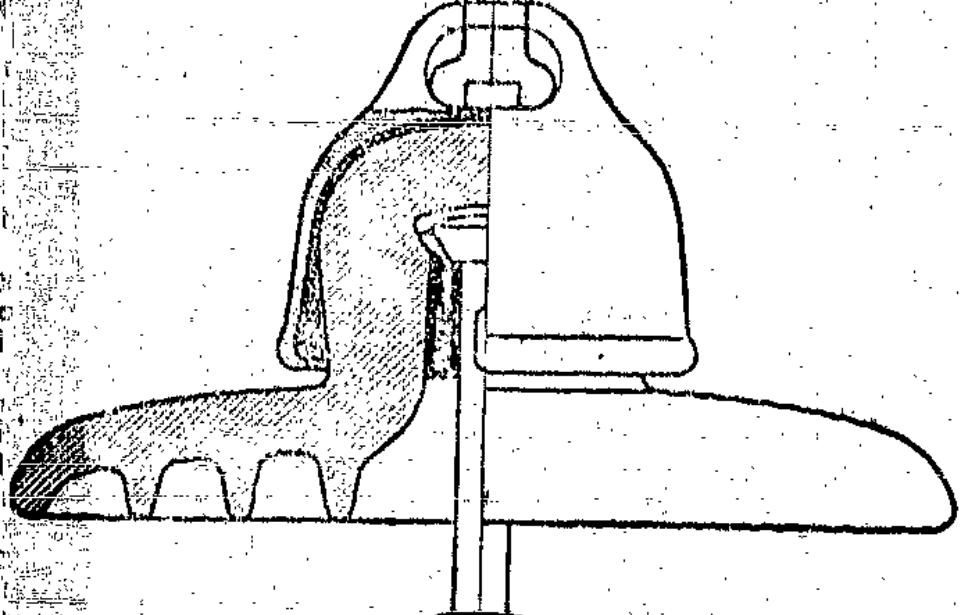
die Sozialpolitik international zu betreiben, wenn man wirklich erfolgreiche Sozialpolitik treiben wollte. Auf einer von Sozialpolitikern einberufenen internationalen Arbeiterkonferenz wurde unter dem Schutze des Freiherrn von Berlepsch ein Ausschuss eingesetzt, der die Sabungen einer internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeitsschutz vorbereiten sollte. Auf dem Internationalen Arbeitskongress, der ähnlich der Weltausstellung 1900 in Paris stattfand, wurde beschlossen, die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeitsschutz mit einem Internationalen Arbeitssamt in Basel zu gründen. Mitglieder der Vereinigung waren Regierungsdelegierte, Sozialpolitiker und Gewerkschafter, d. h. die wichtigsten Förderer der Sozialpolitik. Diese Vereinigung umfasste vor dem Kriege 14 Länder, in jedem Land bestand eine Landessektion. In Deutschland war die Gesellschaft für soziale Reform zugleich Landessektion der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeitsschutz. Nur endlich konnte mit der Verbreitung internationaler Arbeitsschutzverträge begonnen werden. Die ersten Internationalen Arbeitsschutzvereinbarungen kamen auf den Berliner Konferenzen im Jahre 1905 und 1906 zustande. Es wurden internationale Verträge über Verbote der Nacharbeit von Frauen in industriellen Unternehmungen und die Verwendung von weitem Phosphor bei der Herstellung von Rundhölzern beschlossen. Das Ueberkommen über das Verbot der Nacharbeit von Frauen forderte für diese eine mindestens 11stündige Nachruhe in der Zeit von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. Es war den Regierungen anheim überlassen, diese Nebeneinkommen zu ratifizieren. Es musste anerkannt werden, dass von 1900 bis 1914 infolge des Krieges der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeitsschutz auf dem Wege der sozialen Gleichstellung gewisse Erfolge erzielt wurden. Das Berliner Ueberkommen betreffend die Mindestnachruhe von 11 Stunden für Frauen hatte die Wirkung, dass kurz nach Unterzeichnung des Ueberkommenes nur noch zwei Länder in Europa ohne eine gesetzliche Regelung der Nacharbeit für Frauen waren. Aehnlich war die Entwicklung in Asien auf die Kinderarbeit. Am Jahre 1900 bestanden nur 15 europäische Länder gesetzliche Vorschriften in Bezug auf Kinderarbeit. Von diesen gestatteten 12 Länder die Beschäftigung von Kindern zwischen 9 und 12 Jahren in der Fabrik. Im Jahre 1918 jedoch waren schon 23 europäische Länder eine derartige Regelung eingeführt.

Die weiteren Bemühungen der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeitsschutz erfuhrten durch den Weltkrieg ein jähes Ende. Otto Ba

Porzellan, Steatit und Sillimanit als Isolierstoffe.

Die Elektrizität nimmt in der Weltwirtschaft eine immer umfangreichere und bedeutungsvollere Stellung ein. Sie ist nicht mehr zu entbehren im Wirtschaftsleben. Dass sie so rasend schnell in wenigen Jahrzehnten bis in die entferntesten Winkel der Erde als Energielieferin vordringen konnte, verdankt sie dem Kupferdraht und dem Isolator. Von diesem ist sie mehr abhängig als den Elektroingenieuren lieb ist.

Der gebräuchlichste Isolierstoff für die Elektrizitätsindustrie ist das Porzellan. Wie nun diese vorwärtschreitet, muss das Porzellan mit, wenn es seine Vorherrschaft als Isolationsstoff behalten will. Dabei machen selbst Fachleute die Wahrnehmung, dass ihre hohen Erwartungen bei der Verwendbarkeit des Porzellans als Isolatorkörper weit übertraten würden. In der Gestaltungskunst und im Größenverhältnis werden gegenwärtig Isolatorkörper erreicht, die die allgemeine Anerkennung und Achtung verdienen, weil es Hand- und Qualitätsarbeit ist. Man vergleiche nur einmal die nebenstehenden Zeichnungen und die Maßstäbe, dann bekommt man einen Begriff von der bedeutenden Entwicklung der elektrotechnischen Porzellankunst vom Überbegriff bis zum Kleinen.



Wenn hier in erster Linie von der Bedeutung des Porzellans als Isolierstoff die Rede ist, so deshalb, weil die elektrotechnische Porzellankunst der hauptsächlichste und größte Zweig der Isolatorstoffindustrie ist. Daneben gibt es noch einige wenige elektrotechnische Betriebe in der Steatit-Wolframia- und in der Steinzeugindustrie. Die hauptsächlichsten elektrotechnischen Porzellankunstwerke, die teils hoch- und teils Niederspannungskabelstutzen erzeugen, sind in Umma, Freiberg, Zwickau, Hennigsdorf, Ottendorf, Pethau, Münsdorf, Kronach, Margarethenhütte, Münchberg, Neuhau, Sonneberg, Schwandorf, Selb, Sophienau und Leipzg. für Steatit-Magnesia in Glauchau und für Steinzeug in Wettenshausen bei Kassel. Die erste elektrotechnische Porzellankunst stand in Berlin-Wedding und war begründet von Herrn Schomburg, sie existiert aber nicht mehr.

Die deutsche elektrotechnische Porzellankunst arbeitet hauptsächlich für den deutschen, schweizerischen, italienischen und österreichischen Markt. Im Jahre 1924 lieferte die Ausfuhr 69.071 Doppelzylinder, 1924/65.000 Doppelzylinder- und ebenfalls 1925. Während die Kunden für Hochspannungskabelstutzen auch in den Nachriegsjahren günstig entwickeln konnten, mussten sich dagegen Niederspannungskabel teilweise umstellen.

Die Herstellung kleiner Isolatoren geschieht in der Weise, dass die Formgebung in einer Gipsform gegeben ist, in der der Wegenstand auf der Scheibe gedreht wird. Die größeren Geometrien werden freigearbeitet. Die genaue Formgebung wird durch Abstreichen an der Drehscheibe ermöglicht. Das Freihandarbeiten der Isolatoren ist eine verantwortliche Arbeit, die langjährige Erfahrung und genaue Kenntnis des Stoffes voraussetzt. Ein winziges Linsblättchen in der Waffe oder ein Fremdkörper, die beim Drehen nicht einmal bemerkt werden, führen zum Zerbrechen des Isolators im Brüschel, wenn er nicht schon vorher beim Brennen geplatzt ist. Ob aber das Blätchen des Isolators auf eine Unzulänglichkeit des Arbeiters oder auf andere Ursachen zurückzuführen ist, lässt sich nur in den seltensten Fällen einwandfrei nachweisen. Dieser Umstand ist ein erheblicher Nachteil der Isolatorenindustrie und sollte eigentlich beklagt werden. Die deutsche Isolatorenindustrie hat sich eigentlich deshalb der langjährig erfahrene gewissenhafte Facharbeiter bei günstigen Arbeitsmethoden und guter Bezahlung, ebenso wie in der Bezeichnung eine Anzahl elektrotechnischer Porzellankunstwerke schwer gefindet, weil sie ihr Hauptaugenmerk auf niedrige Stückpreise, billiges Material und stärkste Ausnutzung der Arbeitskräfte legen, leichtigem Nachmachen und Beachtung scheinen und nicht dazu beitragen, die Freunde der Qualitätswert zu haben. Sie nahmen lieber 20 bis 30 Proz. Ressent von der Nehmware in Kauf, als dass sie annehmbare und erträgliche Arbeitsbedingungen gewährten. Die Arbeitern seien Angestellte wären, ist ihre Ausschaltung,

lieber die Unkosten an Materialausfall tragen. So denken selbst heute noch einige Direktoren, trotzdem gelernte Fachleute (Dreher) gebraucht und die Anforderungen in bezug auf dieses Isoliermaterial immer größer werden.

Die Porzellanisolatoren sind deshalb bei den Elektrowerken bevorzugt, weil an sie die größten Anforderungen gestellt werden können. Sie sind unempfindlich gegen Feuer, Hitze und Kälte, behalten ständig ihre glatte Oberfläche, widerstehen Säureschwund und zeigen feinerlei Alterserscheinungen. Sie haben große Druck-, Zug- und Biegeschwäche. Sie isolieren Hochspannungsleitungen von 220.000 Volt und solche von 380.000 Volt. Proben auf der Werkstoffschau zu Berlin haben ergaben, dass bis zu 1 Million Volt Spannung ertragen werden. Ihre Auslastigkeit ist so groß, dass bei den Belastungsproben eher die Metallhaken zerreißen, als dass das Porzellan nachgibt.

Die Durchführungen aus Porzellan, von der die größte auf der Abbildung zu sehen ist, haben neben ihren großen Vorteilen den Nachteil, dass sie nicht aus einem Stück gemacht werden können. Sie müssen aus mehreren Teilen zusammengesetzt werden.

Die gleichen Anforderungen, die an das Porzellan als Isolator gestellt werden, vermögen auch Steatit zu erfüllen. Seine Verarbeitung ähnelt der des Porzellans. Beim Steinzeug, das noch nicht ganz allen Erwartungen zu entsprechen vermögt, ist der Vorteil vorhanden, dass große Durchführungen aus einem Stück geprägt werden können.

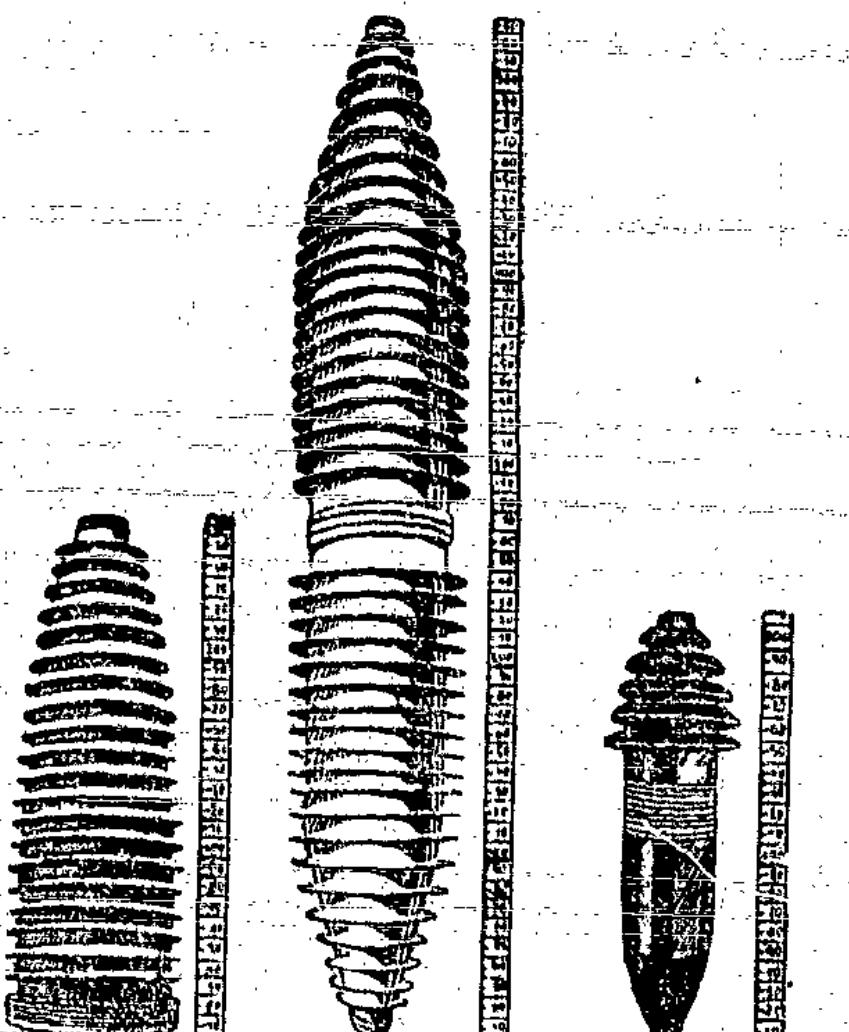
Die elektrotechnischen Werke der Porzellan-, Steatit- und Steinzeugindustrie sind noch nicht am Ende ihrer Entwicklung. Sie werden noch mancher Neuerung der Elektrowirtschaft mit zur Durchführung verhelfen. Mögen die Fabrikanten nicht verhindern, ihren tüchtigen Facharbeitern zu ermöglichen, dass sie den an sie gestellten begeisterten Anforderungen gerecht zu werden vermögen.

Dass die Isolatorenbrecher im Keramischen Bund die Rechtigung haben, über ihre beruflichen Eigenarten in einer besonderen Konferenz am 29. Januar in Leipzig Meinungsaustausch zu pflegen, wird nach diesen Darlegungen kaum beabsichtigt werden können. Mögen ihre Bemühungen Erfolg haben; denn die Isolatorenbrecher sind mit einer Kerentruppe der organisierten Porzellankunstler.

Oskar Böhml

Der erste Isolator links oben ist der gewöhnliche Telefon- und Telegraph-Isolator der Deutschen Reichspost, wie wir ihn an den Leitungsmasten sehen.

Der Isolator darunter ist die Delta-Glocke. Sie wird für eine Leitungsleitung von 20.000 Volt benutzt und ist auf 75.000 Volt geprüft.



Der dritte ist der Weißschild-Isolator, ebenfalls für Leitungen von 20.000 Volt bestimmt und auf 80.000 Volt geprüft. Daneben steht der Leiterwurzel-Isolator. Er hat eine Größe von 1,20 Meter und wird bei Leitungen von 100.000 Volt Spannung verwendet. Geprüft ist er auf 400.000 Volt.

Der Hänge-Isolator ist 275 Millimeter breit, vermag 80.000 Volt Spannung beim Prüfen zu ertragen und wird für eine Betriebsspannung von 25.000 Volt eingesetzt.

Die dritte Abbildung zeigt drei Durchführungen. Die linke ist aus mehreren Teilen zusammengefasst und aus Steatit hergestellt. Ihre tatsächliche Größe beträgt 2,60 Meter. Der Mittelteil ist aus Porzellan und hält bei seiner Verwendung die stetige Spannung von 500.000 Volt aus. Darüber steht die aus einem Stück geprägte Steinzeugdurchführung von 2,05 Höhe. Sie ist bestimmt für die Spannung von 100.000 Volt.

Tägliches, alltägliches aus der Porzellan- und Steinzeugindustrie.

Freiboldau. Die Firma Bing, Glas- und Keramik A.G. besitzt hier eine Porzellankunst, die von einem Direktor Konsul Leder Herrn Konsul aus der Tschechoslowakei geleitet wird. Der Direktor ist gestorben; am 31. März muss er die Gemeinde Freiboldau verlassen. — Die Firma Bing hat in den letzten Jahren keine Freunde an dem Betrieb erkannt. 200.000 RM soll sie ebendrein angefertigt haben. Auch die Arbeiterschaft hat an dieser Firma bisher wenige Freunde gehabt. Außerordentlich geprägte Stückpreise, die die Direktion dictiert, dabei eine Verhandlung, die menschenunwürdig ist. Direktor Konsul bedient sich der Ausdrücke wie „Lobs“, „Reize“, „Dob“ und „Ador“. Ein ehriger alter Konsul hätte neulich diesen Herrn „alter Greider“. Haarsträubende Zustände sind dies. Wie kann ein solcher Mensch auf einen solchen Posten kommen? Nun ist der Nachfolger von Herrn Konsul schon da, und Herr Konsul lernt ihn an. Der neue Herr soll ein gelehriger Schüler sein. Alles von Konsul Gehörte und Gesagte macht er sich zu eigen. Das kann ja schön werden. Glaubt die Firma denn, auf diese Weise aus dem Schlossessel herauszukommen? Wird denn auf eine sachmännische Betriebsführung gar kein Wert mehr gelegt? Soll dann nur Träume sein, die Leute zu drücken und zu schinden? Die Arbeiterschaft in diesem Betrieb sollte sich energetisch zur Wehr setzen. Ich vor allen Dingen menschenwürdige Behandlung verschaffen und sich Konsul-Manner verhindern. Dem neuen Direktor sollte bedeckt werden, wenn er im Konsul-Aus weitersteht, dass er nicht so lange wie Konsul redet. Restlose Durchführung der tschechoslowakischen Bestimmungen. Einrichtung von Abgängen an die Schiedsgerichte in jedem Falle sollte Vorsorge der Arbeiterschaft sein. — Die Firma ist Mitglied des Arbeitnehmerverbandes.

Königswinter. Bei der Firma Höß & Wolter, Glas- und Porzellankunst, Köln, bestehen Zustände, die dringend einer Abstellung bedürfen. Vor fünf Jahren war die Firma noch reichlich im Porzellankunstverband organisiert. Im Jahre 1924 blieben nur noch einige Kollegen dem Verband treu während die Mehrzahl glaubte, ohne den Verband auskommen zu können. Seit dieser Zeit haben sich die Verhältnisse für die Arbeiterschaft verändert.

Breslau. Hier besitzt die Firma Steingutwerke A.G. zwei Betriebe mit zusammen 500 Beschäftigten (Gesamtbetrieb in Carlowitz). Die Firma ist 1877 gegründet. Sie hätte im vergangenen Jahr, am 1. April, das Jubiläum ihres 50-jährigen Bestehens feiern können. Die Firma wollte dieses Jubiläum auch feiern. Der Herr Generaldirektor hatte starke Hoffnungen erweckt auf das Jubiläum vorbereitet. Die Arbeiterschaft sollte es nicht schlecht wegkommen; so hatte man schon durchblicken lassen. Alles war bereits gespannt wie ein Stegenschirm. Aber so häufig im Leben: „Der Mensch denkt und der Geldsack leert.“ In diesem Falle war der Geldsack der Arbeiterschaft schon frisch, eine Aussperrung der armen Porzellankunstler. Wegen des Jubiläums war die Firma nun etwas in Drud gekommen. Einsteils wollte man gern das Jubiläum feiern, andererseits wollte man aber auch, wenn auch nicht gern, aussperren. Dazu fühlte sich der Generaldirektor, der zugleich Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes ist, so quasi gezwungen. Man sah die Aussperrung bis auf den letzten Tag, den 2. April hin. Aber da ging es nicht mehr länger. Um 2. April musste man doch aussperren, und damit waren das Jubiläum und die schöne Feier ins Wasser gefallen. Die Feier wurde abgeblasen; ganz nichts wurde gemacht. Um 4. April verlangte der Herr Generaldirektor, dass die Arbeiter die Arbeit wieder aufzunehmen sollten. Eigentlich hat er ihnen sehr übel genommen, dass sie überhaupt den Betrieb verlassen haben trotz der Aussperrung. Ein Mann ist seit Begründung der Firma — also seit 50 Jahren — im Betrieb. Auch für diesen fiel das Jubiläum ins Wasser. Der arme Kollege tut uns leid. Fünfzig Jahre lang Tag für Tag, hat dieser Mann seine Pflicht erfüllt, aber von einem Jubiläum hat auch er nichts gemerkt. Als Jubiläumsjäschchen hatte sich die Arbeiterschaft schon einen Verbandskasten mit einer richtigen Schere gewünscht. Die Schleifer hatten gehofft, Gummijüttchen zu erhalten. Die im Trockenofen beschäftigten glaubten bestimmt, Holzpantinen zu bekommen, damit sie sich nicht mehr ihre Schuhe verbrennen. Ganz Erwartungsvolle glaubten sogar, dass man einen Fahrradkasten von der Firma gestiftet erhalten würde, oder eine Kofferkette. And für unseren Verbandskasten erhielten, dann genügt es auch schon. Aber, wie gesagt, alle Erwartungen sind nicht zuverlässig gehabt; aber für die Direktion selbst, die scheint eine ganze Menge Geld vorhanden zu sein. Die beiden Betriebe mit noch nicht ganz 500 Beschäftigten haben 1 Generaldirektor, dazu in jedem Betrieb 1 Direktor, weiter 1 Sozialdirektor — das wird der sein, der aus sozialen Gründen das Jubiläum abgeblasen hat. Dann weiter für jeden Betrieb 1 Betriebsleiter, seines 1 Betriebsassistenten, 1 Betriebs-Ingenieur. Der Sohn des Herrn Generaldirektors und der Sohn des einen Direktors sind im Betrieb beschäftigt, dazu noch 20 technische Beamte; Mühlenmeister, Brennhausmeister, Giehemeister, Stanzermeister; im Backraum sind 17 Personen beschäftigt, 2 Meister sind dort. In der Produktions sind 20 Mädels beschäftigt, dazu 1 Meister, 8 Formenträger sind da, dazu 1 Meister. Ist das nicht ein bisschen viel? Da ist es kein Wunder, dass Professor Breslau in 50 Prozent Lohnanteil an den Gestaltungskosten bei der Porzellankunst und Steinzeugfabrikation errecknet. Aber er soll ja beileibe nicht etwa dieses der Arbeiterschaft zuschreiben. Am Oberberater, der als 2 Prozent Lohnzulage laut Tarif gegeben werden mussten, strich man in Breslau den Beilohnen. Die Leistungszulage, so dass die Beilöhne jetzt in der Großstadt Breslau, die 550.000 Einwohner hat, den nächsten Tariflohn als Lohnsatzen erhalten. Auch diese Firma ist Mitglied des Arbeitgeberverbandes.

Tillowitz. Reinhold Schlegelmilch betreibt hier eine Porzellankunst, in der allerdings seit Kriegsende niemals in allen Abteilungen voll gearbeitet worden sein soll. Seit Jahrzehnten stellt die Firma Tafelnde und aber Tausende von Artikeln, und sie alle sind im Gange. Darunter hat die Arbeiterschaft außerdemlich zu leiden. Für Tafelnde und Hunderte von Stücken hat man Stückpreise gemacht, z. B. 1/2, 1/4, 1/3, 1/2, 1/4 Tafel erhält der Arbeiter im Auftrag. Das die Verbindete denn auch daran anzusehen, versteht sich am Rande. Die Firma hat ein riesiges Lager an Modellen und Formen alter Luxusgegenstände, alte Woden und Vertriebe sind voll. Die Tassen biegen sich. Nachleute haben schon gewarnt. Sie befürchten einen Zusammenbruch. Aber die Firma fabriziert neben den neuvergangenen Luxusgegenständen immer weiter neue Modelle als Luxusgegenstände für die Reicher und für vorstige Kannibalen. Wölker. Wie lange das noch weitergehen soll, wissen wir nicht. Doch es benötigt Geschick und Kunstfertigkeit unter der Bevölkerung, und das eine fürsorgende Betriebsleitung sich dem anpassen und ihn sogar noch fordern möchte, sollte man eigentlich erwarten. — So wenigstens verstehen wir Propaganda für Porzellangegenstände.

Annaburg.

Einen erfreulichen, zahlenmäßigen Aufstieg konnte die Zahlstelle Annaburg im Jahre 1927 erreichen. 144 neue Mitglieder traten ihr bei, so dass sich der Mitgliederstand von 456 auf 600 erhöhte. Ganz besonders gute Agitationserfolge konnten im Betrieb Annaburg erzielt werden. In ihr ist die Belegschaft an 98 Proz. organisiert. Bravo! D. R. Die Kollegenschaft im Reich kann daraus erkennen, dass mit eisriger Werbarkeit noch etwas zu holen ist. Die Annaburger Kollegen und Kolleginnen sind der Ansicht, dass die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft der sächsischen Industrie erst dann voll durchgedrückt werden können, wenn alle Betriebschaften so restlos organisiert sind wie die in der Annaburger Steinzeugfabrik.

Gegenwärtig nimmt die Annaburger Mitgliedschaft zugenommen an dem Zustandekommen eines besseren Mantelarbeitsvertrags an Stelle des alten gefundenen. Sie hat ihre Wünsche und Forderungen bereits der Branchenleitung übermittelt. In der Hauptstelle beziehen sie sich auf die Mitbestimmung der Arbeiterschaft, auf Veränderung bezw. Verbesserung der §§ 9, 11, 16, 24, 27, 28, 29. Die Erweiterung des Urlaubs ist sehr notwendig. Die Zahlstelle ist auch der Auffassung, dass die Arbeiterschaft und das Lohnabkommen zu fördern beginnen. Die Annaburger Kollegenschaft ist gewillt, für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der sächsischen Arbeiterschaft mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu kommen.

Dies waren die hervorstechendsten Punkte, die neben den üblichen Berichten in der Nahversammlung der Zahlstelle Annaburg behandelt wurden. Die alte Verwaltung wurde mit einigen Ausgängen wieder gewählt und die anderen Angelegenheiten erledigt.

Noch von Appell an die Mitglieder der Zahlstelle: Mit dem Beiblatt der Beiträge sind Eure gewerkschaftlichen Pflichten noch nicht erfüllt. Dazu gehört noch die Teilnahme an den Versammlungen und am gewerkschaftlichen Leben. In den Kollegen und der Kollegin muss man den Arbeitsbruder und die Arbeitschwester leben. Die Entwicklung der Arbeiterschaft muss von oben gefördert werden. Erst wenn diese Pflichten erfüllt werden, wird die Organisationsarbeit den neugewählten Funktionären trost aller Freude machen.

Köln.

Bei der Firma Höß & Wolter, Glas- und Porzellankunst, Köln, bestehen Zustände, die dringend einer Abstellung bedürfen. Vor fünf Jahren war die Firma noch reichlich im Porzellankunstverband organisiert. Im Jahre 1924 blieben nur noch einige Kollegen dem Verband treu während die Mehrzahl glaubte, ohne den Verband auskommen zu können. Seit dieser Zeit haben sich die Verhältnisse für die Arbeiterschaft verändert.

et und verschlechtert. Der Tarifvertrag gilt dort nicht. Ein Stundenlohn für die einzelnen Arbeiter ist nicht festgesetzt. Es wird nur im Alltag gearbeitet. Ist nicht genügend Arbeit vorhanden, so wird die Arbeiterschaft nach Hause geschickt. Die Arbeitslosen bedürfen dringend einer Aufstellung. Auch über die Arbeitslosigkeit selbst sind keine Vereinbarungen getroffen. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden pro Tag. Sie beginnt morgens um 8 Uhr und endet abends um 7 Uhr. Die niedrigen Aufsäume und das Bestreben der Arbeiterschaft, trotzdem einzigermöglichen noch zu verdienen, veranlaßt sie, nicht einmal die festgestellten Pausen einzuhalten. Im schnellen Tempo wird das Mittagessen eingenommen, um sofort wieder weiter arbeiten zu können. Eine Host und eine Hand den ganzen Tag. Einer treibt den anderen. Ein Inhaber der Firma arbeitet selbst den ganzen Tag mit und führt ständig die Aufsicht über alle im Betriebe beschäftigten Arbeiter. Urlaub haben die Arbeiter überhaupt noch keinen erhalten. Als die Verbandsleitung bei einer Verhandlung darauf aufmerksam machte, daß bei der andauernd langen Arbeitszeit bis abends 7 Uhr es doch rein menschlich zu verstehen sei, daß die Arbeiter auch einmal einige Tage im Jahre ausspannen müßten, erklärte der Vertreter der Firma: Er habe auch noch keinen Urlaub gehabt, und die Freizeit seien derartig gedrückt, daß der Betrieb es nicht ertrage, den Arbeitern Urlaub zu gewähren.

Jahrelang hat keine gesetzliche Betriebsvertretung bestanden. Erst vor einiger Zeit ist es gelungen, durch die Mithilfe der Verbandsleitung einen Betriebsmann zu wählen. Einen Tag vorher hatte die Belegschaft die Arbeit niedergelegt, angeblich, weil die Firma die Frau eines dort beschäftigten Arbeiters eingestellt hatte. Es gibt auch im Betrieb bei der 18 Mann starken Belegschaft noch Leute, die diese Verhältnisse für ganz gut befinden und mit der Firma in allen Fragen durch die und Dunn geben. Die Mehrzahl der Arbeiterschaft hat sich nun wieder organisiert. Hoffentlich wird es bald gelingen, die möglichen Zustände zu beseitigen und, wie in den übrigen Betrieben, die Lohn- und Arbeitsbedingungen tarifisch festzulegen.

B. Hartwig.

Blankenhain.
Die Firma Ebm und Krüger, Porzellansfabrik in Blankenhain, sucht in Nr. 2 des "Sprechsaal" Porzellanmalerei. Im vorigen Jahre hat die Firma ihre alten Male entlassen; sie sind heute noch arbeitslos. Wahrscheinlich will der junge Herr Krüger, der jetzt das Haupt im Betrieb schwingt, seine alten Male, die Fahrzeuge für ihn gearbeitet haben, mit ihren Familien aushungern. Das ist der Dank des Vaterlandes. Jungen Porzellanmalern raten wir, anderswo in Arbeit zu treten als in Blankenhain.

Rudolstadt.

Wir warnen Porzellanarbeiter vor Zugang nach Rudolstadt und Arbeitsannahme bei der Firma Uelstele Volksdorfer Porzellansfabrik A.-G. und auch Abteilung Ecker derselben Firma.

Die Belegschaft steht mit der Betriebsleitung in Differenzen.

Eriptis A.-G.

Von der Porzellansfabrik Eriptis A.-G. in Eriptis wird berichtet, daß das Exportgeschäft etwas nachgelassen, dafür aber das Inlandsgeschäft angenommen habe. Der Gebrauchsgegenstand heißt sich vor allem. Für das neue Jahr war der Auftragsbestand noch befriedigend. Der Kurs der Aktien stieg.

Der technische Fortschritt in der grobkeramischen Industrie.

Zu den Jahren nach der Inflation sind in allen Industrien technische Verbesserungen der Betriebsanlagen vor sich gegangen. Handarbeit ist in großem Ausmaße durch Maschinenarbeit ersetzt worden.

Zu der deutschen Industrie war zu verzeichnen, daß die technischen Einrichtungen infolge des Krieges und der Nachkriegsverhältnisse weit hinter denen der ausländischen Industrieländer, wie z. B. Amerika, ganz gewaltig zurückgeblieben waren. Solche also die deutsche Industrie wieder als Konkurrent auf dem Weltmarkt erscheinen, so mußte auch sie sich umstellen, mußte ihre technischen Einrichtungen ebenfalls vervollkommen, wenn sie nicht für immer vom Weltmarkt ausgeschlossen bleiben wollte. Man versuchte zuerst, auch die rückständigsten Betriebe auf Kosten der Arbeiterschaft lebensfähig zu erhalten, indem man die Löhne auf einem möglichst niedrigen Stand halten wollte. Der Arbeiterschaft wurde immer vorgedreht, daß sie Opfer bringen müsse, wenn nicht die Grundlage ihrer Existenz, die Existenz, zum Erfolgen kommen sollte. Die Arbeiterschaft sollte zu geringeren Löhnen wie in der Kriegszeit und bei längerer Arbeitsszeit als bisher arbeiten.

Das Experiment der Riedrichshaltung der Löhne scheiterte aber am Widerstand der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft. Die Unternehmer wußten wohl aber über zu anderen Mitteln greifen, um die Betriebe konkurrenzfähig zu erhalten.

Schließlich mußten die Unternehmer zu der Erkenntnis kommen, daß eine Konkurrenzierung auch der rückständigsten Betriebe auf Kosten der Arbeiterschaft allein nicht möglich war. Erprobten doch die Industrien des Auslands bei vielfach beeindruckend höheren Löhnen billiger als die deutsche Industrie. Man mußte also zu anderen Mitteln greifen, als wie allein zur Reduzierung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit. Auf die Dauer läßt sich die Produktion mit einer ausgebauten und durch übermäßig lange Arbeitszeit geprägten Arbeitsschicht nicht konkurrenzfähig erhalten. Schie schwer kann sich auch die deutsche Industrie an der Erfahrung berufen, daß nur dann, wenn die Betriebsanlagen technisch auf der Höhe gehalten werden, die Konkurrenzfähigkeit gewährleistet werden kann. Es folgte handelsmäßig nach Beendigung der Inflation eine technische Verbesserung und eine Umstellung der sonstiger Betriebsanlagen, die allgemein mit dem Schlagwort Nationalisierung bezeichnet wurde. Zum großen Teil griff die Nationalisierung ebenfalls auf Kosten der Arbeiterschaft, zumindest der Verbesserung der technischen Einrichtungen verzögerte man in vielen Industrien die bisherige aufständige Arbeitsschicht auf 10-12 Stunden täglich. Nur eine vorübergehende Einstellung ließ diese Fortschritte zu, die infolge der schlechten Wirtschaftsverhältnisse sich zutreffend machen. Als die Betriebe aber wieder ergraben waren, daß die deutsche Industrie nicht mit Erfolg auf dem Weltmarkt konkurrieren könnte, bediente man die längere Arbeitsszeit bei. Die Arbeiterschaft zog erst wieder mit Recht gegen, ehe das denkwürdige Unternehmertum zu Angreifensachen in dieser Beziehung bereit war.

Ein Beispiel herzigen Industrien, welche ihre Betriebe in letzter Zeit technisch gut ausgebaut und ihre Produktionsfähigkeit in weitestem Maße gesteigert hat, ist die deutsche Feuerfestindustrie. Stieg doch nach den Angaben von Herrn Peter Rieger die Leistung je Arbeiter von 20 Tonnen im Jahre 1913 auf 30 Tonnen im Jahre 1926. Für 1927 liegen Zahlen noch nicht vor, doch werden nach der "Neckarschwarzer Zeitung" die Nationalisierungsbemühungen dieser Betriebe in diesem Jahre verhältnismäßig bis zu 50 Proz. der Betriebsleistung von 1913 beziffert.

Die Arbeiterschaft hat sich insofern der Nationalisierungsbemühungen nach den Angaben von Dr. Rieger um 9000 im Jahre 1926 gegenüber 1913 verringert. 1926 hatte die Produktion noch nicht ganz den Stand von 1913 erreicht. Für 1927 kann aber bereits erwartet werden, daß die Ziffer von 1913 wieder übertroffen ist.

Wer auf in der eigentlichen grobkeramischen Industrie, zu der die Ziegelindustrie ja auch gehört, ist der technische Fortschritt unverlässbar. Die neuen nach

herrschende Meinung, daß letztere Industrie keine besonderen Fortschritte in der Technik der Fabrikationsmethoden gemacht habe, dürfte irrig sein. Die verschiedenen Ausstellungen grobkeramischer, hauptsächlich Ziegelzeugnisse, welche in den letzten Jahren stattfanden, stehen erkennen, daß gerade auch in der Ziegelindustrie große Anstrengungen gemacht sind, um durch Ausgestaltung der technischen Einrichtungen eine Verbesserung des Produktes herbeizuführen.

Die Erkenntnis, daß nur durch Verbesserung des Produktes die scharfe Konkurrenz der Erzgebirgsfeste, unter der die Ziegelindustrie steht, hat unter der Arbeiterschaft dieser Industrie erheblich an Boden gewonnen. Doch auch die Produktionssteigerung erheblich angenommen hat, braucht wohl nicht extra hervorgehoben zu werden. Wer einmal Gelegenheit hatte, moderne Ziegelwerke zu besichtigen, wird erkennen, daß ganz gewaltige technische Umwandlungen in den letzten Jahren erfolgt sind.

Wer nun zufällig alte, technisch zurückgebliebene Ziegelwerke lennen sollte, wird einen Vergleich ziehen können, wie die Produktionsfähigkeit auch in dieser Industrie gestiegen ist. Nach in den anderen grobkeramischen Industrien, wie Feuerfeste und Steinzeugindustrie, hat die technische und wissenschaftliche Ausgestaltung der Betriebe gewaltige Fortschritte gemacht, tritt doch heute die Steinzeugindustrie hauptsächlich auf dem Gebiete der Elektrotechnik in Konkurrenz mit den feinkeramischen Industrien, welche dieses Gebiet früher allein beherrschte.

Ein Mahnmal eines Artikels kann selbstverständlich nicht auf alle Merkmale der technischen Fortschritte eingegangen werden. Nur in weiten Umrissen sollte gezeigt werden, daß die oft zum Ausdruck kommenden Behauptungen der Arbeitgeber, infolge der heutigen bestehenden Betriebsanlagen sei eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden noch nicht möglich, nicht zutreffend sein können.

Nach der technischen Umstellung der Industrien fehlt heute noch die geistige Umstellung ihrer Vertreter, der Unternehmer, die heute in sozialer Beziehung noch in den Ideologien der Vorkriegszeit auf diesem Gebiete festgefahren sind.

Möge die Arbeiterschaft durch Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organisation dafür sorgen, daß diese geistige Umstellung so bald wie möglich erfolgt, damit sie mit der technischen Umstellung Schritt halten kann.

Echt „christlich“.

Das Mitteilungsblatt "Südwestwacht" des Zentralverbands christlicher Fabrik- und Transportarbeiter entwickelt sich zu einem Verleumdungsblätterchen ersten Ranges nach dem Muster des früheren Reichslügenverbandes, der in gleicher Weise seinen Anschein über die Sozialdemokraten entkleidete. Die Svalten der "Gewerkschaftsstimme" will man wahrscheinlich deshalb nicht damit belästigen, weil die Verleumdungen im geheimen besser möglich sind. Die erste Seite der Nr. 12 der "Südwestwacht" ist der Christnacht und dem Frieden der Menschen gewidmet. Wie der "Friede der Menschen" gehandhabt werden soll, beweist der Verantwortliche auf Seite 2, wo er seine Märchen gegen die freien Gewerkschaften losläßt. Was auf der ersten und zum Teil auch auf der ersten Hälfte der zweiten Seite steht, hat er bereits auf der zweiten Hälfte der zweiten Seite schon vergessen. Zu Rheinohern soll im Jahre 1927 ein Kollege wegen seiner christlichen Gesinnung, trotzdem er dem roten Fabrikarbeiterverband angehörte, bestraft worden sein, so daß er sich gezwungen sah, zu dem fanatisch "schwarzen" Verband überzutreten. Vonon ist natürlich in Rheinohern niemand etwas bekannt. Über was tut es? Für den Verantwortlichen und den Unterschlüpfen besteht der Seelenfrieden ausgerechnet auch am heiligsten Weihnachtsfest nicht. Wer aber so echt "christlich" ist, wie der Verantwortliche sein will, darf doch kein falsches Zeugnis reden wider seinen Nächsten. Wir streiten uns nicht mit solchen "Christen" und überlassen es ihnen, auch weiterhin solche unlauteren Agitationsmethoden anzuwenden. Wer sie anreden muß, um seine Mitglieder zu halten und neue zu gewinnen, der dauert uns. Wir wollen es unterlassen, auf weitere unnohl Agitationsmethoden der fanatisch eingefesteten Feindseligkeit zugunsten der christlichen Gewerkschaften einzugehen. Organisationen, die aber solche Agitationsmethoden anwenden und durch solche Agitationsmethoden unterstellt werden müssen, haben keine Existenzberechtigung. Die Gewerkschaften haben wichtige Aussagen zu erfüllen, als sich um die religiöse Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zu kümmern. Sind denn die Arbeiter nach religiösen Ausführungen gespalten? Für die Arbeitgeber spielt die religiöse Ausrichtung im Wirtschaftsleben keine Rolle; das finanziell-wirtschaftliche Interesse steht ihnen höher als die religiöse Weltanschauung, und wenn es sein muß, auch höher wie die politische Überzeugung. Deshalb soll dies bei den Arbeitern anders sein? Damit sie durch diese fanatische, religiöse und politische Berücksichtigung dem Unternehmertum fast wahrlos ausgeliefert werden? Möge deshalb jeder Verantwortliche noch weiter und auch fernher seine echte Christlichkeit beweisen, indem er Seelenfrieden, Verleumdung und Unwürdigkeit in einen Tod misst. Es möge sich aber auch merken, nicht derjenige ist ein guter, edler Mensch, der das Werk christlich bei allen Gelegenheiten großmenschig im Munde führt, sondern derjenige, der an seinen Mitmenschen christlich handelt. Wir beneiden den Verantwortlichen um seine christlichen Heldentaten nicht.

Aus dem Verbundsleben.

Gan 12. Arbeiterinnen-Konferenz.

Am 15. Januar 1928, vormittags 10 Uhr, tagte im "Großen Mohrenhof" in Mannheim eine Konferenz der Arbeiterinnen des Ganzen 12. Zur Tagesordnung stand:

1. Frauenehrenarbeit und die Aufgaben der Frau in der Gewerkschaft. Referentin: Kollegin Nabe-Bammert, Hannover.

2. Erörterung zur Schaffung einer Agitationskommission im Gan 12.

3. Sonstiges.

Vertreten waren 4 Zahlstellen mit 55 delegierten Kolleginnen, und zwar Mainz mit 47, Heidelberg mit 2, Ludwigshafen mit 5 und Saarbrücken mit einer Kollegin. Als Abstimmungsveterin waren anwesend die Kolleginnen Beyer, Rothuber und Brömann von Mannheim, Dettiger, Böhmer und Gieger von Ludwigshafen, Küller von Ziegelhausen (Zahlstelle Heidelberg) und Hirt von Ladenburg. Die Industrien waren vertreten:

Chemische Industrie	durch 4 Delegierte
Guß-Industrie	22
Konditorei-Industrie	2
Käse-Industrie	2
Margarine-Industrie	2
Zucker-Industrie	1
Ziegel-Industrie	1
Kerzen-Industrie	2
Sonstige Industrien	19

Bei Beginn der Konferenz kam durch Eilbrief die Nachricht, daß die Kollegin Nabe durch plötzliche Entfrankung verbündet sei, was eine große Enttäuschung hervorrief. Kollegin Schneider Schreiber übernahm das Sekretariat, an welches sich eine ausziehende, recht lästige Diskussion knüpfte. An der Diskussion beteiligten sich die Kolleginnen Schwinnus, Faber, Schott und Reichenwald. Letztere überbrachte gleichzeitig die Grüße der Saararbeiterinnen und der Mitglieder von Saarbrücken; ferner die Kolleginen Beyer, Rothuber, Dettiger und Gieger. Einmüting wurde die Aufstellung zum Ausdruck gebracht, daß allein mit der Agitation und Organisationsarbeit eingelebt werden muß. Mitarbeiterinnen müssen in allen Betrieben eingesetzt und Agitationskommissionen nach

Industrien, Zahlstellen und im Bau gebildet werden, die für die Gewinnung von weiblichen Mitgliedern dienen müssen. Nach 1 Uhr schloß Kollegin Gauleiter Schreiber die sehr erregend verlaufene Konferenz.

Wissenswertes in aller Kürze.

Bolschewistische Maßnahmen, die sich in keiner Weise von den früheren zaristischen unterscheiden, führen dazu, daß über hundert bekannte Oppositionelle in Sibirien, ihrem Wohnsitz, zum größten Teil nach Sibirien verlegt mussten, darunter auch Trotski. Die Einheit des russischen Proletariats scheint demnach nicht so zu sein, wie allgemein angenommen wird. Sonach gehören auch Männer revolutionärer Partei wie Trotski zu den "Verrätern".

Gehler, der bisherige Reichswehrminister, ist aus Gesundheitsrücksichten von seinem Posten zurückgetreten. An seiner Stelle wurde General Groener berufen.

Reuna ist wieder einmal in aller Munde. Dort wurde ein Korruptionsfall aufgedeckt, in dem bekannte Personen bei Werkes verwirkt wurden. Der Betrieb soll dadurch um mehrere Hunderttausend Mark geschädigt worden sein.

Schuldenabkommen trafen Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien mit den Vereinigten Staaten Nordamerikas. Danach hat Großbritannien 184, Frankreich 161, Italien 80 und Belgien 80 Milliarden Mark Kapitalschulden an Amerika. Die Verträge laufen auf 62 Jahre. Deutschland soll natürlich den Hauptteil dieser Schulden tragen.

Zentrumarbeiter ließen durch den Mund des Reichstagsabgeordneten Simusch verklagen, daß heute in der Partei und in den Fraktionen Kreise vertreten sind, die nicht mehr in die Partei gehören, daß den Arbeitern der gebührende Einfluß in der Partei fehlt, daß endlich die erforderlichen Schritte zu tun seien, um eine neue Arbeitervarieté zu gründen. Es rumort also bei den Zentrumarbeitern, vor allem auch wegen derforderlichen Haltung des Reichskanzlers Marx, die es auch nicht für richtig halten, daß die Zentrumspartei des Landtags zu 50 Prozent aus Beamten besteht.

50 000 Metallarbeiter Mitteldeutschlands traten in der Woche zum 21. Januar in den Streik, weil sie keine entsprechende Lohnzulage erhielten. Der Schlichter hatte ihnen ganze 300 Gulden in der Stunde zugesprochen.

1200 Jubilare der Metallarbeiterzahlstelle Berlin vereinigten sich in einer Feier, um ihr 25jähriges Mitgliedsjubiläum zu begehen.

Der Dachdecker-Zentralverband nimmt vom 4.-11. März 1928 eine Abstimmung vor, die endlich den Anschluß an den Baugewerksbund herbeiführen soll. Entscheiden sich dabei 60 Prozent der Abstimmenden für den Anschluß, so löst sich am 30. Juni 1928 der Zentralverband der Dachdecker auf und tritt mit dem 1. Juli dem Baugewerksbund als Reichsfachgruppe des Dachdecker bei.

Ausschreibung.

Für unsere

Rechtschutz-Abteilung

suchen wir zu möglichst baldigem Antritt eine weitere geeignete und befähigte Hilfskraft.

Die Bewerber müssen Zivilrecht, Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Reichsversicherung und das Betriebsratgesetz vollständig bearbeiten können.

Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen unseres Gehaltsregulativs. Die Einreihung in die Gehaltsklasse bleibt der Vereinbarung vorbehalten.

Bewerber wollen selbstversafte Probearbeiten einreichen über die Themen:

1. Wer ist nach dem Arbeitsgerichtsgesetz Partei bzw. Partei als Kläger auftreten?

2. Welche Rechtswirkung bringt der § 394 des BGB für Arbeiter?

Bewerber mit Angaben über die bisherige Tätigkeit werden bis zum 18. Februar 1928 an den Hauptvorstand übersiedeln: August Brey, Hannover, Nikolaistr. 1, 2. Etage, erbeten.

Arbeitsmarkt.

Zwei tüchtige Gehilfen auf Bleistiftstellschiff werden sofort gesucht. Arbeitsnachweis Döbern (N.-L.), Schuhhaus.

Sofort 3 bis 4 nur tüchtige Schleifergehilfen, möglichst selbständige Arbeitsträger, gefucht. Angebote sind zu richten an B. Burkhardt, Frankfurt a. M., Lübeckerstr. 17.

Gesucht wird für sofort ein lediger Scheibenlegergehilfe gut eingearbeitet auf Abschleifen von Böden, Basen und Platten, Farbinieren, durch Arbeitsnachweis, Zahlstelle Altheide, Josef Höpner, Mühlstraße 9.

Vier Vorläufer für Schleife, rheinische Art, suchen Stellung Angebote an Ernstner & Comp., Porzellansfabrik, Ohrenbach.

Gewandte Dreherinnen für Kartenspuren werden aufgenommen: Porzellansfabrik Waldsassen, Baudreuer & Co. A.-G., Waldsassen (Oberpfalz).

Tüchtige Dreher oder Dreherinnen für Teller und Schalen gesucht. Wegen Wohnungsmangels kommen nur Ledige in Frage. Angebote an Ernstner & Comp., Porzellansfabrik, Ohrenbach.

Wir suchen per sofort versetzte Stahldruckerinnen für Rollgold bei günstigen